

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



22.012 ns Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht

Bericht der Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat vom 31. Dezember 2021

Die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat vertritt im Auftrag der Bundesversammlung die Schweiz in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER).

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen unterbreitet sie hiermit den eidgenössischen Räten den Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit im Jahr 2021.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Der Präsident (2020/21):

Pierre-Alain Fridez

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Wahlen in der PVER
- 3 Monitoring und Wahlbeobachtungsmissionen
- 4 Neue Arbeitsformen angesichts der Pandemie
- 5 Reform der Regeln für die Vertretung beider Geschlechter in den nationalen Delegationen
- 6 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten
- 7 Die Beteiligung der Schweizer Delegation in Zahlen
- 8 Reisekosten
- 9 Die Teilsessionen der Versammlung und die Sitzungen der Ständigen Kommission im Jahr 2021
- 10 Anhang



1 Einleitung

Der Europarat tut sich schwer damit, öffentlich wahrgenommen zu werden, mit Ausnahme vielleicht seines Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR). Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt. In der Schweiz zum Beispiel hat das EDA seine Berichterstattung an das Parlament, die auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich war, sukzessive reduziert und inzwischen quasi eingestellt. Im Aussenpolitischen Bericht des Bundesrates 2021 finden sich nur noch ein paar wenige Sätze zum Europarat, die das marginale Interesse, welches dieser Organisation entgegengebracht wird, deutlich zu illustrieren scheinen. Ist die Tätigkeit des Europarates und all seiner Organe tatsächlich so irrelevant geworden, dass es sich nicht mehr lohnt, darüber zu berichten, inwiefern die Schweiz von den Arbeiten der zahlreichen Organe des Europarates betroffen war oder mit welchen Initiativen und relevanten Beiträgen sie sich selbst eingebracht hat?

Zweifellos ist es zutreffend, dass Berichte einer Organisation, die kaum je mit spektakulären Feldoperationen von sich reden macht, nicht besonders spannende Lektüre bieten. Sie handeln vor allem von der mühsamen Kleinarbeit bei der Festlegung von Normen und Standards im Bereich der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Standards sowie der Überprüfung von deren Einhaltung in den Mitgliedsstaaten.

Auch wenn die Auswirkungen dieser Arbeiten im Alltag kaum wahrnehmbar sind: Nicht nur der Schweiz, sondern dem gesamten paneuropäischen Raum des Europarates mit seinen 47 Mitgliedern dürfte es schmerzlich bewusst werden, welche Bedeutung dieser unspektakulären Arbeit zukommt, wenn die damit erreichten Errungenschaften plötzlich in Frage gestellt werden oder zu erodieren beginnen. Gerade die Schweiz hat ein vitales Interesse daran, dass die gemeinsam definierten Normen und Umgangsformen im paneuropäischen Raum hochgehalten und respektiert werden.

Der folgende Bericht beleuchtet einzelne Aspekte aus der Arbeit der PVER im Jahr 2021 wie etwa das Monitoring und die Wahlbeobachtungen, die Frage der Geschlechtervertretung oder die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Arbeitsweise der Versammlung. Er enthält aber vor allem Informationen, Listen und Daten zum Engagement der Schweizer Delegation und ihrer Mitglieder in den verschiedenen Organen der Versammlung.

2 Wahlen in der PVER

Erstmals nach fast einem Jahr Unterbruch konnten im Januar 2021 wieder Wahlen durchgeführt werden. Für fast alle anderen Aktivitäten und Aufgaben der Versammlung konnte eine digitale Lösung gefunden werden, nicht aber für die Wahlen. Diese müssen besonders hohen Ansprüchen an Korrektheit, Fälschungssicherheit und Glaubwürdigkeit genügen. Sie sind von entscheidender Bedeutung für das Gesamtsystem des Europarats, für seine institutionelle Stabilität. Die Versammlung wählt sowohl die Generalsekretärin bzw. den Generalsekretär wie auch deren Stellvertreterin bzw. deren Stellvertreter. Sie wählt ebenso die Richterinnen und Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und weitere Personen an Schlüsselpositionen im Europarat.

So gab es eine rekordhohe Beteiligung an der ersten Teilsession im Jahr, als erstmals seit einem Jahr wieder Wahlen durchgeführt werden konnten. Es stand ausgerechnet die überfällige Wahl einer Richterin oder eines Richters im Namen der Schweiz an, welche bzw. welcher die Nachfolge von Helen Keller antreten sollte, deren Amtsdauer von 9 Jahren bereits seit vielen Monaten abgelaufen



war. Aber auch die Neubesetzung der Richterstelle für Griechenland war überfällig. Und schliesslich galt es auch, eine stellvertretende Generalsekretärin bzw. einen stellvertretenden Generalsekretär des Europarates und eine Generalsekretärin bzw. einen Generalsekretär der PVER zu wählen.

Bei allen Wahlen ergaben sich sehr klare Entscheide. Als Richter im Namen der Schweiz wurde auf Empfehlung der Kommission für Richterwahlen hin der bisherige Bundesrichter Andreas Zünd gewählt. Zum neuen stellvertretenden Generalsekretär wählte die Versammlung den Norweger Bjørn Berge, der zuvor Kabinettschef von Generalsekretär Jagland und später Sekretär des Ministerkomitees gewesen war. Die Gegenkandidatin, die sich ebenfalls seit vielen Jahren in wichtigen Ämtern des Europarates bewährt hatte, erhielt – unterstützt primär von der Türkei – deutlich weniger Stimmen.

Unerwartet war vor allem das überaus klare Resultat bei der Wahl der neuen Generalsekretärin der PVER. Mit einer erdrückenden Mehrheit (240 zu 60 Stimmen) wurde die Griechin Despina Chatzivassiliou zur neuen Generalsekretärin der Versammlung gewählt. Das Verdikt fiel damit für den bisherigen Generalsekretär Sawicki etwas gar harsch aus. Er galt in den vergangenen zwei Amtszeiten als kompetenter Chef des gesamten Sekretariats der Versammlung und zeichnete sich durch hohes Verantwortungsbewusstsein und gute Managerfähigkeiten aus. Es war allerdings eine Fehleinschätzung seinerseits, dass er nach einer langen Amtszeit und bereits im Pensionsalter für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt würde. Im Übrigen war die Zeit offensichtlich reif, erstmals und endlich eine Generalsekretärin zu wählen.

3 Monitoring und Wahlbeobachtungsmissionen

Die Versammlung und ihre Kommissionen befassen sich zwar zu einem grossen Teil mit der Beratung von Berichten und der Verabschiedung von Resolutionen und Empfehlungen an das Ministerkomitee, nehmen aber auch einige eher operative Aufgaben wahr. Zu diesen gehören das Monitoring und die Wahlbeobachtung. Diesen Aufgaben kommt eine wachsende Bedeutung zu. Sie dürften einen grösseren praktischen Nutzen entfalten als zahlreiche Resolutionen, die nach deren Verabschiedung schnell wieder in Vergessenheit geraten. Die Schweizer Delegation legt in diesen Aufgabenbereichen ein grosses Engagement und eine weit überdurchschnittliche Beteiligung an den Tag.

Beim **Monitoring** befinden sich eine Reihe von Mitgliedsstaaten, welche noch offensichtliche Defizite bei der Erreichung der Standards des Europarats aufweisen, vorerst in einem unbefristeten Berichtsverfahren. Dies trifft aktuell auf elf Mitgliedsstaaten zu. Wenn ein Land aus dem eigentlichen Monitoringverfahren entlassen wird, dann folgt in der Regel noch eine Phase des Post-Monitoring-Dialogs, wie es aktuell für drei Mitgliedsstaaten der Fall ist. Für jedes dieser insgesamt 14 Länder ernennt die Monitoringkommission zwei Berichterstellerinnen bzw. Berichtersteller, welche die jeweiligen Länder regelmässig besuchen und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft führen. Sie verfassen in der Folge Berichte mit Empfehlungen zuhanden der Monitoringkommission, welche schliesslich auch im Plenum der Versammlung zur Diskussion stehen. Zurzeit ist Nationalrat **Pierre-Alain Fridez** Berichtersteller für [Moldawien](#) und Nationalrat **Alfred Heer** Berichtersteller für die [Ukraine](#). Als Berichtersteller für [Montenegro](#), das sich in der Phase des Post-Monitoring-Dialogs befindet, wurde **Damien Cottier** gewählt. Ganz kürzlich wurde zudem Nationalrätin **Sibel Arslan** als Berichterstellerin für den Post-Monitoring-Dialog mit Nordmazedonien gewählt.

Ähnliches gilt für die **Wahlbeobachtung**. Die Beurteilung der Qualität und Glaubwürdigkeit von Wahlen in den Mitgliedsstaaten der Organisation auf der Basis einer professionell durchgeführten



Wahlbeobachtung kann von entscheidender Bedeutung sein für die politische Stabilität und die Einhaltung der Standards für freie und faire Wahlen. Die PVER verfügt über ein professionelles Team, welches die Wahlbeobachtungsmissionen von Mitgliedern der Versammlung vorbereitet und begleitet. Allerdings verfügt die Versammlung selbst über keine ausgebaute Organisation, welche umfassende Wahlbeobachtungen inklusive Vorwahlbeobachtung in eigener Kompetenz durchführen kann. Sie schliesst sich daher in der Regel der OSZE an, welche mit dem ODIHR über ein Organ mit dem erforderlichen Profil und Personalbestand verfügt.

Auch in diesem sehr praxisnahen Tätigkeitsbereich engagieren sich die Mitglieder der Schweizer Delegation seit vielen Jahren in überdurchschnittlicher Weise. Im Jahr 2021 präsidierte zum Beispiel bei drei verschiedenen Wahlgängen in Bulgarien die Wahlbeobachtungsmission der Versammlung **Alfred Heer**, der in der Folge auch als Berichterstatter zu diesen Wahlgängen vor dem Büro und der Versammlung auftrat. Der Wahlbeobachtungsmission für Bulgarien gehörten seitens der Schweizer Delegation auch noch die Nationalräte **Damien Cottier** und **Pierre-Alain Fridez** an.

Eine ganz besondere Herausforderung ergab sich bei den Parlamentswahlen in der Russischen Föderation vom 17. bis zum 19. September. Nachdem das ODIHR und die Parlamentarische Versammlung der OSZE eine Beobachtung dieser Wahlen abgelehnt hatten, da Russland nur eine unrealistisch kleine Zahl von Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachtern zulassen wollte, war es für die PVER ausgeschlossen, in eigener Regie eine vollwertige Wahlbeobachtungsmission durchzuführen. Dennoch war die Versammlung der Auffassung, dass eine politische Präsenz der Versammlung bei den Wahlen – wenn auch in sehr reduzierter Form und ohne den Anspruch einer «Wahlbeobachtungsmission» – dem laufenden politischen Dialog zwischen der Russischen Föderation und der Versammlung förderlich wäre – dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Berichterstattung zu Russland im Rahmen des Monitoringverfahrens der Versammlung. Diese Evaluationsmission der Versammlung für die Parlamentswahlen in Russland setzte sich aus fünf Mitgliedern der Versammlung – je ein Vertreter jeder politischen Fraktion – zusammen. Sie stand unter der Leitung von Nationalrat **Pierre-Alain Fridez** und hütete sich davor, gegenüber der Öffentlichkeit ein Urteil über die Glaubwürdigkeit der Wahlen abzugeben. Dazu wäre eine Wahlbeobachtungsmission von anderen Dimensionen erforderlich gewesen. Dennoch konnte sie dem Büro und der Monitoringkommission Bericht erstatten über die punktuellen Impressionen, welche sie aufgrund ihrer Gespräche und Besuche am Wahltag vor Ort gewinnen konnte.

Wahlbeobachtungsmissionen der PVER im Jahr 2021 mit Schweizer Beteiligung:

- Parlamentswahlen in [Albanien im April](#) 2021 (**Sibel Arslan** und **Jean-Pierre Grin**)
- Parlamentswahlen in [Bulgarien](#) im [April](#), [Juli](#) und [November 2021](#) (mit **Alfred Heer** als Präsident der Mission und **Pierre-Alain Fridez**, **Damien Cottier** und **Jean-Pierre Grin** als weiteren Schweizer Mitgliedern dieser Mission)
- vorgezogene Parlamentswahlen in [Armenien](#) im Juni 2021 (**Sibel Arslan** und **Olivier François**)
- vorgezogene Parlamentswahlen in [Moldawien](#) im Juni 2021 (mit **Pierre-Alain Fridez** als Monitoring-Berichterstatter für Moldawien)
- Parlamentswahlen in [Marokko](#) im September 2021 (**Damien Cottier**)
- Evaluationsmission im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in [Russland](#) im September 2021 (mit **Pierre-Alain Fridez** als Präsident der Mission)



4 Neue Arbeitsformen angesichts der Pandemie

Nach einem temporären Unterbruch im Jahr 2020 fanden im Jahr 2021 die vier Teilsessionen wieder statt, vorerst allerdings in hybrider Form. Die vierte Teilsession Ende September 2021 wurde erstmals wieder fast wie in früherem Stil durchgeführt, mit vorwiegend physisch Anwesenden. Der gefühlte Unterschied zu einer Online-Teilnahme war enorm.

Die Sitzungen der einzelnen Kommissionen der PVER fanden vorerst – wie bereits im Jahr 2020 – weiterhin im Online-Modus auf der Plattform Kudo statt. Das Sekretariat organisierte die Sitzung vom Palais de l'Europe in Strassburg aus. Einige Kommissionspräsidenten reisten jeweils nach Strassburg, um die Sitzung gemeinsam mit dem Sekretariat zu leiten. Andere Kommissionspräsidenten leiteten die Sitzungen von ihrem Homeoffice in einem der Mitgliedstaaten aus. Auf dem Bildschirm öffneten sich dann drei Fenster: die Präsidentin bzw. der Präsident in seinem Büro oder seinem Wohnzimmer, das Kommissionssekretariat im weitgehend leeren Sitzungssaal in Strassburg und das Kommissionsmitglied, welchem die Präsidentin bzw. der Präsident gerade das Wort erteilt hatte.

Erst ab Oktober 2021 fanden auch Kommissionssitzungen in hybrider Form statt: Ein Teil der Mitglieder war physisch im Sitzungsraum in Paris anwesend, während zahlreiche andere Mitglieder es vorzogen, sich online zuzuschalten. Beiden standen identische Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten zu. Ende November fand erstmals wieder eine Sitzung der Ständigen Kommission in rein physischer Präsenz der Mitglieder statt. Das italienische Parlament hatte dazu eingeladen, nachdem anfangs November 2021 der italienische Aussenminister für ein halbes Jahr das Präsidium im Ministerkomitee des Europarates übernommen hatte. Die Sitzung fand im Palazzo Montecitorio in einem der Versammlungsräume des italienischen Parlaments statt. Sie bot den Mitgliedern der Ständigen Kommission willkommene Gelegenheit zu einem lebhaften Austausch mit dem Aussenminister des neuen Vorsitzlandes, Luigi Di Maio, über das Programm und die Prioritäten für den halbjährigen Vorsitz.

Wie wird es weitergehen nach der Pandemie? Vorerst kündigen sich noch immer Treffen gemäss strengem sanitärischen Protokoll an. Aber es dürfte doch früher oder später der Moment kommen, ab welchem die Situation sich weitgehend normalisiert. Was wird dann geschehen? So schnell und vollständig wie nur möglich zurück bis ins Detail zu genau jener Praxis, wie sie bis Pandemieausbruch im Frühjahr 2020 noch vorherrschte? Erleichtert darüber, dass dieser Alptraum für den internationalen Austausch endlich sein Ende findet?

Oder wird die Versammlung die neu erworbenen Fähigkeiten im digitalen Austausch zumindest noch in beschränktem Rahmen weiterpflegen und als Kompetenz erhalten und weiterentwickeln?

Verschiedene Aspekte sind zu bedenken:

- Der digitale Austausch kann nur einen begrenzten Teil der Funktionen ersetzen, die mit einer Sitzung in physischer Präsenz aller Teilnehmenden traditionell verbunden sind. Beim Austausch auf der digitalen Plattform fehlen elementare Erfahrungen und Kommunikationsvarianten, wie sie nur dank den vielfältigen interaktiven Möglichkeiten bei einem physischen Treffen in einem gemeinsamen Raum möglich sind.
- Es stärkt das Verständnis unter Politikerinnen und Politikern, wenn sie sich physisch treffen, einige Tage miteinander in einem Gebäude verbringen, diskutieren, sich in formellem und informellem Rahmen austauschen und bilaterale Gespräche führen. All dies wirkt sich aus auf die Dynamik der Debatten.
- Ganz speziell fehlt das Erlebnis der Gemeinschaft, wie es bei einer Sitzung in einem physischen Raum entsteht. In der digitalen Welt sieht man nur wechselnde Einzelredner oder



- viele kleine Fenster am Bildschirm, aber die Gemeinschaft bleibt digital abstrakt und wird nicht wirklich fassbar.
- Der Hybridmodus verursacht zusätzliche Kosten, für welche der Europarat aufzukommen hat. Die Bereitstellung der gesamten Logistik und Funktionalität einer Sitzung, an welcher die Teilnehmenden nach Wahl physisch präsent oder digital sich beteiligen können, verursacht einen beträchtlichen zusätzlichen Aufwand.
 - Die digitale Teilnahme erweist sich oft als technisch anspruchsvoll und pannenanfällig. Sie eignet sich nicht gleichermassen für alle Charaktere und Altersklassen.
 - + Mit der Vielzahl von Sitzungen, zu welchen die Teilnehmenden aus allen Teilen Europas oft für einen oder zwei Tage per Flugzeug anreisen, hinterlässt die Versammlung einen gewaltigen CO₂-Fussabdruck. Umweltbedenken dürften wieder an Bedeutung gewinnen, sobald die aktuellen Krisen etwas in den Hintergrund rücken.
 - + Die Zahlen der vergangenen zwei Jahre belegen deutlich, dass sich die Teilnehmerzahlen mit der Möglichkeit der digitalen Partizipation deutlich erhöhen.
 - + Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass alle wichtigen Aufgaben der Versammlung in korrekter Weise digital abgewickelt werden können, von klassischen Beratungen über Anhörungen bis hin zu Abstimmungen und Wahlen.
 - + Einige nationale Parlamente können nicht für ein ausreichendes Budget aufkommen, welches die Anreise und Teilnahme von deren Delegationen an Sessionswochen und Sitzungen aller Kommissionen ermöglicht. Sie stellen nur Geld zur Verfügung für die Teilnahme an Sitzungen, welche als besonders wichtig erachtet werden. Bei einer digitalen Teilnahmemöglichkeit entfällt dieses Problem weitgehend.
 - + Die Online-Teilnahme ermöglicht signifikante finanzielle Einsparungen (Reisekosten und Spesenentschädigungen entfallen), aber auch einen deutlich geringeren Zeitaufwand für die Sitzungsteilnahme. Diese Einsparungen fallen fast ausschliesslich auf Seite der nationalen Parlamente an. Dem Sekretariat des Europarates entstehen hingegen zusätzliche Kosten, welche angesichts der langjährigen strikten Budgetdisziplin schwer zu tragen sind.
 - + Zu den Hauptvorteilen der digitalen Teilnahme gehört der schonungsvolle Umgang mit Ressourcen (Zeitaufwand, Umweltemissionen und Budgetmittel) der nationalen Parlamente.

Wäre es sinnvoll, die neu erworbenen Kompetenzen einfach wieder ruhen zu lassen, nachdem sie sich für einige zentrale Anliegen der Versammlung insgesamt doch als recht taugliche Lösung erwiesen haben? Immerhin bieten sie auch die Sicherheit, in Zeiten besonderer Krisen und Herausforderungen rasch auf einen funktionierenden alternativen Betriebsmodus zurückgreifen zu können. Die Kompetenz der Versammlung, alle essentiellen Aufgaben auch digital wahrzunehmen, stärkt ihre Resilienz. Die Pandemie hat es deutlich vor Augen geführt, wie existenziell einige Zuständigkeiten der Versammlung für den Europarat als Gesamtsystem sind. Deren Vollzug muss unter allen Umständen gewährleistet bleiben. Diese Kompetenz hat man sich in der aktuellen Krise mühsam erarbeitet. Und es hat sich erwiesen, dass auch unter ausserordentlichen Bedingungen Entscheide digital gefällt und Wahlen in respektierter Weise durchgeführt werden können.

Auch wenn die allermeisten Treffen und ganz speziell die Plenarsitzungen wieder in physischer Form stattfinden werden, sobald die Umstände es erlauben, so sollte die Versammlung dennoch nach Wegen suchen, die neu erworbenen digitalen Kompetenzen weiter zu pflegen, weiter zu entwickeln und zu verfeinern.

Bei der Planung der Kommissionssitzungen könnte jährlich eine begrenzte Zahl von physischen Sitzungen und eine ergänzende Anzahl von digitalen Sitzungen festgelegt werden. An den physischen Sitzungen könnten jene Geschäfte behandelt werden, bei welchen die räumliche Präsenz der Mitglieder besonders relevant sind. Andere Aufgaben wie etwa Anhörungen hingegen könnten gelegentlich auch digital stattfinden.



Interessant wäre es, weiterhin Möglichkeiten der hybriden Teilnahme anzubieten. Dies würde die Teilnahmequoten am wirkungsvollsten verbessern – und damit auch die Glaubwürdigkeit der Entscheide. Die dem Sekretariat entstehenden Mehrkosten müssten allerdings durch angemessen erhöhte Beiträge der Mitgliedsstaaten kompensiert werden. Die Möglichkeit der digitalen Teilnahme birgt beträchtliches Einsparpotential für die nationalen Parlamente. Entsprechend sollten die Mitgliedsstaaten einen zusätzlichen Beitrag leisten, damit das Sekretariat die bestmögliche Technik und Logistik für digitale oder hybride Sitzungen anbieten kann, mit dem Ziel, die Realisierung von digitalen Sitzungen immer weiter zu optimieren, deren Benutzerfreundlichkeit zu verbessern und für eine europaweite Kompatibilität zu sorgen. Es würde dem Europarat und seiner Parlamentarischen Versammlung gut anstehen, eine Vorbildrolle bei der Anwendung solcher Techniken und Praktiken zu übernehmen. Die Versammlung könnte nationalen Parlamenten, die darum ersuchen, entsprechendes technisches Know-how vermitteln und dies als Dienstleistung der parlamentarischen technischen Zusammenarbeit anbieten.

Mischformen dürften die meisten Vorteile auf sich vereinen: Ressourcenschonung bei hoher Zugänglichkeit für alle und Möglichkeit für die Mitglieder, je nach Präferenz und terminlicher Disponibilität die eine oder andere Teilnahmeform zu wählen.

5 Reform der Regeln für die Vertretung beider Geschlechter in den nationalen Delegationen

Bei der Eröffnung der ersten Teilsession der Versammlung im Januar 2020 wurden die Beglaubigungsschreiben von sechs nationalen Delegationen bestritten, weil sie das Kriterium einer ausgewogenen Vertretung beider Geschlechter nicht erfüllten. Unter diesen sechs Delegationen fand sich an prominenter Stelle auch die Schweizer Delegation. Da das Reglement bisher aber nur vorschrieb, dass beide Geschlechter mindestens durch eine Person vertreten sein müssen, wurden damals keine Sanktionen gegen die sechs Delegationen verhängt. Die Versammlung beauftragte aber ihre Reglementscommission, die geltenden Regeln für die Vertretung beider Geschlechter in den Delegationen zu überarbeiten. Die bis anhin geltenden Regeln erschienen ihr unzureichend, um das Ziel einer ausgeglichenen Vertretung beider Geschlechter in der Versammlung zu erreichen.

Die Reglementscommission legte in der Folge eine Resolution mit dem Titel [«Vertretung von Frauen und Männern in der Parlamentarischen Versammlung»](#) mit einer Neufassung der relevanten Bestimmungen im Reglement vor, welche im September 2021 anlässlich der vierten Teilsession von der Versammlung mit grosser Mehrheit angenommen wurde.

Sie beinhaltet im Wesentlichen zwei neue Bestimmungen hinsichtlich der Vertretung beider Geschlechter in den nationalen Delegationen:

Gemäss dem neuen Artikel 6.2 b des Reglements der Versammlung, welcher anfangs Januar 2023 in Kraft treten wird, muss jede nationale Delegation sowohl Frauen als auch Männer in ihren Reihen haben.

Grundsätzlich sollen mindestens 30 Prozent der Sitze in einer nationalen Delegation durch Frauen besetzt sein, wobei man den ganz kleinen Delegationen etwas mehr Spielraum zugesteht. In einer nach Grösse der Delegationen abgestuften Liste wird detailliert festgehalten, wie hoch der Frauenanteil sein muss. Die Schweiz verfügt über 12 Mitglieder bzw. 6 Plätze mit Stimmrecht. Für eine Delegation dieser Grösse müssen der Delegation mindestens vier Frauen angehören, wovon zwei mit dem Status als stimmberechtigte Mitglieder («Représentantes»).



Die Schweizer Delegation setzt sich aktuell aus 4 Frauen und 8 Männern zusammen. Zu Beginn dieser Legislatur waren es zunächst nur zwei Frauen, die Nationalrätinnen Sibel Arslan und Ada Marra. In der Folge traten zwei Mitglieder des Ständerates aus der Schweizer Delegation aus, beides Männer, welche beide durch Ständerätinnen ersetzt wurden (Marianne Maret für Charles Jaillard; Marina Carobbio Guscetti für Christian Levrat). Damit erfüllt die Schweizer Delegation die primäre Forderung nach einem Anteil von mindestens vier Frauen, zumal drei dieser Frauen als «stimmfähige Mitglieder» («Représentant.e.s») eingetragen sind – im Gegensatz zu den «Suppléant.e.s», die nur ein Stimm- und Rederecht haben, wenn sie auf den Platz eines «Représentant» bzw. einer «Représentante» eingeschrieben werden.

Eine weitere Anforderung der neuen Reglementsbestimmung besteht jedoch darin, dass – solange Frauen in der Versammlung noch unterrepräsentiert sind – jede nationale Delegation einen prozentualen Anteil an Frauen umfassen muss, der mindestens gleich hoch ist, wie der prozentuale Anteil der Frauen im nationalen Parlament selbst. Dieser Anforderung wird die Schweizer Delegation in ihrer aktuellen Zusammensetzung knapp nicht gerecht. Ihr Frauenanteil liegt bei 33 Prozent. Im Nationalrat sind es 42,5 Prozent und im Ständerat 28,3 Prozent (Stand Ende 2021). Da beide Räte in der Delegation vertreten sind, wendet die Versammlung den durchschnittlichen Wert der Resultate beider Räte an, 35,4 Prozent. Der Anteil in der Delegation liegt zwar nahe bei diesem Wert, doch er erreicht ihn nicht – ein Grund für die Bestreitung der Beglaubigung liegt damit vor. Es ist kaum vorstellbar, dass die grosse Allianz von Frauen aus allen Delegationen ihn nicht aufgreifen würde. Sie haben sich seit Langem für die detaillierte Festlegung von Mindestanforderungen engagiert und haben endlich eine Mehrheit dafür erhalten. Sie werden darauf beharren, dass die Regeln, d. h. die definierten Zahlen, für alle gelten – und zwar ohne Toleranzbereich. Erfüllt oder nicht erfüllt. In einer Gemeinschaft von 47 Staaten ist es immer eine heikle Angelegenheit, dass definierte Regeln von allen gleich eingehalten werden müssen, egal ob gross oder klein, Mann oder Frau.

Das neue Reglement tritt im Januar 2023 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte in der Delegation ein Mann durch eine Frau ersetzt werden. Die Vorschläge und Anträge müssen aus den Fraktionen der Bundesversammlung kommen.

Falls die Schweizer Delegation im Januar 2023 in unveränderter Zusammensetzung angemeldet wird, dann ist mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass die Beglaubigung der Delegation bei der Eröffnung der Teilsession im Januar 2023 bestritten wird. Dies dürfte nicht nur die Schweiz allein betreffen. Es ist gut vorstellbar, dass noch ein paar wenige andere Mitgliedsstaaten ebenfalls Mühe bekunden mit der Einhaltung der neuen, strengeren Norm.

Nun sehen die Regeln eine öffentliche Abmahnung und eine Sanktionsandrohung vor. Den betroffenen Delegationen würde vermutlich eine Frist bis im Sommer 2023 eingeräumt, um die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Sollten diese nicht erfolgen, dann würden für den Rest des Jahres Sanktionen in Kraft treten, deren genauer Gehalt noch zu bestimmen bleibt. Vermutlich wird es sich um Einschränkungen der Teilnahmemöglichkeiten der Schweizer Delegation und insbesondere um eine öffentliche Ermahnung handeln. Das Rede- und Stimmrecht als solches kann den Mitgliedern der Versammlung im Rahmen von Sanktionen der Versammlung allerdings nicht entzogen werden.

Unangenehmer als die Sanktion selbst dürfte die Verstärkung der öffentlichen Wahrnehmung sein, dass die Schweiz zu den wenigen Ausnahmestaaten gehört, welche sich schwer tun damit, den Frauen einen nach europäischen Standards als angemessen definierten und empfundenen Anteil zuzugestehen. Es wird den Parlamentsdelegationen aus ganz Europa mit 47 Mitgliedsländern in Erinnerung rufen, dass die Schweiz doch schon damals bei ihrem Beitritt zum Europarat in ähnlicher Weise aufgefallen war. Die Schweiz kannte 1963 beim Beitritt noch kein Frauenstimmrecht. Sie



konnte sich erst viel später zu dessen Einführung durchringen, um die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ratifizieren zu können.

6 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten

Die Präsidentin oder der Präsident der PVER lädt die Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente der 47 Mitgliedsstaaten des Europarates alle zwei Jahre zu einer zweitägigen Konferenz ein. Dieses Treffen findet alternierend am Hauptsitz des Europarates in Strassburg oder in einem der Mitgliedsstaaten statt, dessen Parlamentspräsidium Gastgeber dieser Konferenz ist.

Die Konferenz vom 21./22. Oktober 2021 fand in Athen statt. Griechenland hatte von Mai bis November 2020 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates innegehabt. Normalerweise findet während des halbjährigen Präsidiums ein Treffen der PVER in der Hauptstadt des Vorsitzlandes statt. Aufgrund der Pandemie war es in dieser Phase jedoch nicht möglich gewesen, ein grösseres parlamentarisches Treffen zu veranstalten. Mit der Konferenz der Parlamentspräsidien bot sich nun nachträglich die Gelegenheit für Griechenland, die Gastgeberrolle für ein bedeutendes parlamentarisches Treffen der Mitgliedstaaten des Europarates zu übernehmen.

Als Vertreter der Schweiz nahmen sowohl der Präsident des Nationalrates, Andreas Aebi, als auch der Präsident des Ständerates, Alex Kuprecht, teil. Martina Buol, stellvertretende Generalsekretärin der Bundesversammlung und Sekretärin des Ständerates, vertrat die Schweiz am ebenfalls in diesem Rahmen stattfindenden Treffen der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre.

Folgende Themen standen an der Konferenz in Athen zur Debatte:

- Erfahrungsaustausch unter Demokratien über den Umgang mit der Covid-19-Krise
- Nationale Parlamente und das Recht auf eine gesunde und nachhaltige Umwelt
- Die gemeinsame Zukunft aller europäischen Bürgerinnen und Bürger

Nationalratspräsident Aebi äusserte sich in der Debatte zum Recht auf eine gesunde und nachhaltige Umwelt und legte in seiner Rede insbesondere dar, welche Rolle und Verantwortung der Landwirtschaft in diesem Kontext zukommt.

Ständeratspräsident Kuprecht intervenierte in der Debatte über die gemeinsame Zukunft aller europäischen Bürgerinnen und Bürger. Ins Zentrum seiner Ausführungen stellte er die Rolle des Föderalismus für den Zusammenhalt und die politische wie auch kulturelle Identität Europas.

Wertvoll sind solche Konferenzen nicht nur für den formellen Austausch in Form der Debatten im Plenum, sondern auch zur Pflege der informellen Kontakte auf bilateraler Ebene. So ergaben sich im Verlauf der Konferenz Gelegenheiten zu Gesprächen mit verschiedenen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten, welche die Schweizer Ratspräsidenten bereits von früheren Begegnungen persönlich kannten, wie auch zu Treffen mit Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten, die um einen Termin ersucht hatten.

Nationalratspräsident Aebi nutzte zudem eine Pause in seinem Konferenzprogramm für den Besuch eines Flüchtlingszentrums und eines Heims für unbegleitete Migrantenkinder, welches von der Schweiz finanziell unterstützt wird.

Fast alle der 47 Mitgliedsstaaten des Europarates waren durch eine Delegation in Athen vertreten, das Parlament des Nachbarstaates Türkei fiel allerdings durch Abwesenheit auf.



7 Die Beteiligung der Schweizer Delegation in Zahlen

Im Jahr 2021 hielten die neun Kommissionen der PVER insgesamt 85 Sitzungen ab. Zum allergrössten Teil fanden diese online auf der Konferenzplattform Kudo statt. Nicht nur die Anzahl der Sitzungen war damit höher als je zuvor, auch die durchschnittliche Beteiligung erreichte mit über 65 Prozent den höchste Wert seit Beginn der Erfassung dieser Daten. Das war nur dank der digitalen Teilnahme möglich.

Statistische Angaben zur Teilnahme der Schweizer Delegation:

Teilnahme an den vier Teilsessionen im Jahr 2021:

- Die Schweizer Delegation war über das ganze Jahr gerechnet zu 84,90 Prozent an den Teilsessionen der Versammlung vertreten. Sie erreichte damit «nur» den 9. Rang, da durch die Möglichkeit der digitalen Teilnahme die Beteiligung der meisten Delegationen markant höher lag als in früheren Jahren.
- Beteiligung an den Abstimmungen im Verlauf der vier Teilsessionen:
Mit einer Beteiligungsquote von 70,53 Prozent liegt die Schweiz auf dem 2. Rang unter den 47 Mitgliedsstaaten, hinter Schweden mit 71,94 Prozent.
- Teilnahme an den Kommissionssitzungen im Jahr 2021:
Die Schweizer Delegation erzielt eine rekordhohe durchschnittliche Beteiligung an allen Kommissionssitzungen von 88,79% Prozent. Trotzdem liegt sie mit diesem Wert «nur» an 5. Stelle, da sich die Beteiligung aller nationalen Delegationen durch die Möglichkeit der digitalen Teilnahme massiv verbessert hat.

Die überdurchschnittliche Beteiligung von Mitgliedern der Schweizer Delegation wird auch in einer neuen wissenschaftlichen Publikation von Veronika Ohlinger¹ bestätigt. Sie hat das Verhalten und die Beteiligung von Mitgliedern der Versammlung über einige Jahre hinweg ausgewertet und hält zur Schweizer Delegation u. a. fest:

«Wie auch schon hinsichtlich der physischen Anwesenheit ist die (kleine) Delegation der Schweiz bei der Übernahme von Berichterstattungen sehr aktiv. Dieses Ergebnis spiegelt wiederum die Bedeutung des Europarates als eine «Ersatz-EU» für die Schweiz wider.»²

8 Reisekosten

Durch die Reisen der zwölf Delegationsmitglieder zu den Sessionen und den Sitzungen von Kommissionen und Subkommissionen sowie in Ausübung von formellen Mandaten der PVER entstanden im Jahr 2021 Flug- und Bahnkosten in Höhe von 20 317 Franken zulasten der Bundesversammlung. Diese Summe ist zwar etwas höher als im vergangenen Jahr, liegt aber immer noch weit unter den durchschnittlichen Reisekosten der Delegation in den Jahren vor Ausbruch der

¹ Nationale Parlamentarier im Europarat. Warum tun sie sich das an? Veronika Ohlinger, Nomos Verlag, Baden-Baden 2019, Studien zum Parlamentarismus 33

² S. 164 der obgenannten Publikation



Pandemie. Die meisten Sitzungen im Jahr 2021 fanden nach wie vor im Rahmen von Videokonferenzen statt.

9 Die Teilsessionen der Versammlung und die Sitzungen der Ständigen Kommission im Jahr 2021

Erste Teilsession 2021

25. bis 28. Januar 2021

Zu Beginn der Teilsession wurde der Präsident der Versammlung, Rik Daems (ALDE, Belgien), für ein zweites und letztes Amtsjahr bestätigt. Seine Wiederwahl war unbestritten, es gab keine Gegenkandidaten. Er wurde per Akklamation im Amt bestätigt.

Die Session wurde hybrid durchgeführt, d. h., die Mitglieder konnten physisch oder online teilnehmen. Die Sessionswoche wurde um einen Tag verkürzt (bis Donnerstag statt Freitag).

Seit der Teilsession im Januar 2020 hatte sich die Versammlung nie mehr zu einem physischen Treffen versammelt. Viele Aufgaben der Versammlung konnte die Ständige Kommission über Videokonferenzen weiterführen, so insbesondere die Beratung von Berichten aus den Kommissionen und die Verabschiedung von Resolutionen und Empfehlungen sowie Änderungen des Reglements der Versammlung. Ein ungelöstes Problem blieben jedoch die Wahlen, die im Zuständigkeitsbereich der Versammlung liegen. Diese Zuständigkeit kann, anders als die Verabschiedung von Resolutionen, nicht der Ständigen Kommission übertragen werden. Im November 2020 hatte die Ständige Kommission Ergänzungen des Reglements beschlossen, mit welchen die rechtliche Basis für die Durchführung von Sitzungen der Versammlung in Form von reinen Videokonferenzen oder in hybridem Modus geschaffen wurden. Zugleich wurden auch Änderungen angenommen, welche neu die Durchführung von Wahlen durch die Versammlung online oder auf dem Postweg ermöglichten.

Das Büro der Versammlung fasste schliesslich den Entscheid, die 1. Teilsession des Jahres 2021 in hybrider Form durchzuführen.

Es handelte sich um ein erstmaliges Vorgehen in diesem neuen Konferenzmodus in einem von vielen Unsicherheiten und unvorhersehbaren Veränderungen geprägten Umfeld. So blieben die Rahmenbedingungen für die physische Teilnahme von Mitgliedern bis im letzten Moment Änderungen und Anpassungen unterworfen. Würde die Anreise nach Strassburg für die Mitglieder aller Delegationen möglich sein? Welche Anforderungen waren zu erfüllen? Covid-Test, Quarantänebestimmungen?

Wenige Tage vor Beginn der Versammlung forderte der Präsident die Delegation auf, ihre Teilnahme möglichst auf drei Personen pro Delegation zu begrenzen. Ebenfalls in den letzten Tagen wurde kommuniziert, dass alle Teilnehmenden nicht nur einen höchstens 72 Stunden alten negativen PCR-Test bei der Einreise nach Frankreich vorlegen müssen, sondern sich auch vor dem ersten Betreten des Palais de l'Europe in einem Zelt vor dem Palais einem Schnelltest zu unterziehen haben.

Die Schweizer Delegation, welche zu Beginn der Vorbereitungen noch vollzählig in Strassburg präsent sein wollte, reduzierte die physische Teilnahme schliesslich auf vier Mitglieder. Die anderen



acht nahmen online an den Sitzungen der Versammlung und den Sitzungen der Kommissionen im Verlauf der Sessionswoche teil.

Insgesamt waren von den 324 stimmberechtigten Mitgliedern der Versammlung rund 80 Personen physisch im Palais in Strassburg präsent.

Die physische Präsenz war nicht repräsentativ für die verschiedenen Regionen Europas. Einige Delegationen nahmen mit 6 bis 14 Mitgliedern teil (Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Russland, Serbien, Türkei und Ukraine), andere Delegationen wiederum waren zumindest durch ein oder einige wenige Mitglieder vertreten. Mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten verzichtete allerdings gänzlich auf eine physische Teilnahme.

Die erstmalige Durchführung einer hybriden Sessionswoche zu einem Zeitpunkt, in dem die Pandemie in den meisten Regionen Europas das öffentliche Leben massiv einschränkte, stellte sowohl in technischer wie auch in organisatorischer Hinsicht eine grosse Herausforderung dar. Die Versammlung und ihr Sekretariat bestanden diesen Test insgesamt gut. Es kam zu keinen grösseren Pannen oder technischen Problemen im Verlauf der Woche. Insbesondere auch die Wahlen konnten im hybriden Modus pannenfrei und glaubwürdig durchgeführt werden.

Die emotionalsten Momente der Sessionswoche konzentrierten sich einmal mehr auf die Themen, die Russland betrafen: Die *Bestreitung der Beglaubigung der russischen Delegation*, welche nach mehr als fragwürdigen Parlamentswahlen in Russland soeben neu bestätigt zurückgekehrt war, sowie die Aktualitätsdebatte zur soeben erfolgten *Verhaftung und Inhaftierung von Alexej Nawalny*.

Eine überdeutliche Mehrheit der Versammlung (107 zu 36 Stimmen bei 24 Enthaltungen) wollte bei aller Frustration über die Entwicklungen in Russland nicht schon wieder die Wunde aufreissen und die russische Parlamentarierdelegation mit der Verhängung von Sanktionen zum Austritt aus der Versammlung provozieren. Oberste Priorität sollte es bleiben, den Dialog zwischen dem Europarat und Russland aufrechtzuerhalten. Was die Verhaftung und Inhaftierung von Alexej Nawalny betraf, so ging es im Rahmen der Aktualitätsdebatte nicht darum, einen Beschluss zu fassen, sondern eine Aussprache zu führen – und dabei vor allem den Berichterstatter der Rechtskommission, Jacques Maire, zu unterstützen, damit dieser seinen Bericht und seine Empfehlungen zum Vorgehen im Fall Nawalny rasch voranbringen und der Versammlung zum Beschluss vorlegen kann. Die russische Delegation wurde aufgefordert, dafür besorgt zu sein, dass Russland seine Verpflichtungen gegenüber dem Europarat einhält und aufhört, die Untersuchungen des Berichtstatters zu behindern oder gar zu verunmöglichen.

Wie leider üblich, erwiesen sich die Mitglieder der russischen Delegation als schwierige und wenig kooperative Partner. Sie wiesen in oft grotesker Verdrehung der offensichtlichen Gegebenheiten jegliche Schuld und jegliches Fehlverhalten von sich und beschuldigten konsequent die andere Seite. In Kommissionssitzungen zeigt es sich immer wieder, dass Mitglieder der russischen Delegation Anträge stellen und Einsprachen vorbringen, welche vor allem darauf abzielen, die Arbeiten der Organe des Europarates zu erschweren, zu verlangsamen und zu behindern und die Glaubwürdigkeit dieser Organe in Frage zu stellen.

Aktualitätsdebatten

- Verhaftung und Inhaftierung von Alexej Nawalny im Januar 2021
- Das Recht auf freie Meinungsäusserung (Art. 10 EMRK) in Gefahr durch die «Web-Giganten»



Berichte mit Resolutionen / Empfehlungen an das Ministerkomitee

- [Die Entwicklung des Monitoringverfahrens der Versammlung](#) (Januar-Dezember 2020)
- Änderung der Geschäftsordnung der Versammlung - Folgemaassnahmen zu Resolution 2319 (2020) "[Ergänzendes gemeinsames Verfahren](#) des Ministerkomitees und der Parlamentarischen Versammlung als Reaktion auf einen schwerwiegenden Verstoß eines Mitgliedstaates gegen seine satzungsgemäßen Pflichten"
- [Die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte](#) und zugehörige [Empfehlung](#) an das Ministerkomitee
- [Ethnisches Profiling in Europa: Anlass zu großer Besorgnis](#)
- [Richterinnen und Richter in Polen und der Republik Moldau müssen unabhängig bleiben](#)
- [Einschränkungen von NGO-Aktivitäten in Mitgliedstaaten des Europarates](#) und zugehörige [Empfehlung](#) an das Ministerkomitee
- [Anfechtung aus inhaltlichen Gründen der noch nicht ratifizierten Beglaubigungen der parlamentarischen Delegation der Russischen Föderation](#)
- [Covid-19-Impfstoffe: ethische, rechtliche und praktische Überlegungen](#)

Gastrednerinnen und -redner

- Der deutsche Aussenminister und Präsident des Ministerkomitees **Heiko Maas**
- EU-Justizkommissar **Didier Reynders**
- WHO-Generaldirektor **Tedros Adhanom Ghebreyesus**

Wahlen

- Wahl der Generalsekretärin der PVER (*Despina Chatzivassiliou-Tsovilis*)
- Wahl des stellvertretenden Generalsekretärs des Europarates (*Björn Berge*)
- Wahl von Richterinnen oder Richtern am EGMR im Namen der Schweiz (*Andreas Zünd*) und von Griechenland

Sitzung der Ständigen Kommission vom 19. März 2021 (per Videokonferenz)

Berichte mit Resolutionen / Empfehlungen an das Ministerkomitee

- [Dringliche Notwendigkeit der Stärkung der Finanzermittlungsgruppen](#) - Effektivere Instrumente zur Verbesserung der Einziehung von illegalen Vermögenswerten erforderlich und zugehörige [Empfehlung](#)



- [Die Auswirkungen der Migration von Arbeitnehmern auf ihre Kinder in den Herkunftsländern und zugehörige Empfehlung](#)
- [Schutz von Opfern willkürlicher Vertreibung und zugehörige Empfehlung](#)

Zweite Teilsession 2021

Sie fand vom 19. bis zum 22. April 2021 in hybridem Format statt, verkürzt um einen Tag.

Aktualitätsdebatte

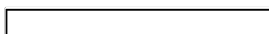
- Covid-Pässe oder Zertifikate: Schutz der Grundrechte und rechtliche Implikationen, Eröffnungsredner: Nationalrat **Damien Cottier**
- Armenische Kriegsgefangene, andere Gefangene und vertriebene Personen

Berichte mit Resolutionen / Empfehlungen an das Ministerkomitee

- Der [Post-Monitoring-Dialog mit Montenegro](#) Berichtersteller der Monitoringkommission: Nationalrat **Damien Cottier**
- Die [Verhaftung und Internierung von Alexei Navalny](#) im Januar 2021 *mit zugehöriger Empfehlung*
- Die [Diskriminierung von Menschen, die unter chronischen und langwierigen Erkrankungen leiden](#)
- Der [Schutz nationaler Minderheiten](#) in Europa *mit zugehöriger Empfehlung*
- Steuerliche Ungerechtigkeit bekämpfen: [Die Arbeit der OECD zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft](#)
- Die [Vision der Parlamentarischen Versammlung bezüglich der strategischen Prioritäten](#) des Europarates *mit zugehöriger Empfehlung*
- [Menschenrechtsverletzungen in Belarus](#) erfordern internationale Untersuchungen *mit zugehöriger Empfehlung*
- Dringender [Handlungsbedarf für eine Wahlreform in Belarus](#) *mit zugehöriger Empfehlung*
- Das [Funktionieren der demokratischen Institutionen in der Türkei](#)

Gastrednerinnen und -redner

- Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, angesichts des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee
- die Präsidentin der Republik Moldau, **Maia Sandu**
- der Präsident des Europäischen Parlaments, **David Sassoli**



Wahlen

- Wahl eines Richters am EGMR im Namen von Belgien

Sitzung der Ständigen Kommission vom 28. Mai 2021 (per Videokonferenz)

Die per Videokonferenz angenommenen Texte:

- [Budget und Prioritäten des Europarates für](#) den Zeitraum 2022–2025 *mit [Avis](#) an das Ministerkomitee*
- [Ausgaben der Parlamentarischen Versammlung](#) in der Budgetperiode 2022–2023
- [Humanitäre Massnahmen für Flüchtlinge und Migranten in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens](#)
- [Stärkung der Rolle junger Menschen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten](#)
- [Rolle der Parlamente bei der Umsetzung der Globalen Pakte der Vereinten Nationen für Migranten und Flüchtlinge](#)

Dritte Teilsession 2021

Sie fand vom 21. bis zum 24. Juni 2021 in hybridem Format statt, verkürzt um einen Tag.

Aktualitätsdebatte

- Die Notwendigkeit eines wirksamen Solidaritätsmechanismus zwischen den europäischen Ländern, um den Migrationsdruck auf die am stärksten betroffenen Länder abzuschwächen;
Eröffnungsredner: Nationalrat **Pierre-Alain Fridez**
- Die Lage in Belarus: eine Bedrohung für ganz Europa

Berichte zu Wahlbeobachtungen

- Beobachtung der Parlamentswahlen in Bulgarien. Berichterstatter **Alfred Heer**

Berichte mit Resolutionen / Empfehlungen an das Ministerkomitee

- [Covid-Pässe oder -Zertifikate: Schutz der Grundrechte](#) und rechtliche Auswirkungen.
*Berichterstatter **Damien Cottier***
- Für eine [europäische Diasporapolitik](#) und zugehörige [Empfehlung](#)
- Die [Stärkung der Teilhabe von Frauen aus unterrepräsentierten Gruppen](#) an politischen und öffentlichen Entscheidungen



- [Transparenz und Regelungen für Spenden an politische Parteien und für Wahlkampagnen von ausländischen Spendern und zugehörige Empfehlung](#)
- Die [Lage der Krimtataren](#)
- Die [Bekämpfung von Afrophobie oder anti-schwarzem Rassismus](#) in Europa
- Sollten [Politiker für Äusserungen, die sie in Ausübung ihres Mandats tätigen, strafrechtlich verfolgt werden?](#)
- [Medienfreiheit, Vertrauen der Öffentlichkeit und das Recht der Bürger auf Wissen und zugehörige Empfehlung](#)
- Die [Überwindung der von der Covid-19-Pandemie verursachten sozioökonomischen Krise und zugehörige Empfehlung](#)
- Die [Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Rechte von Kindern und zugehörige Empfehlung](#)

Gastrednerinnen und -redner

- Der ungarische Aussenminister und Vorsitzende des Ministerkomitees, **Péter Szijjártó**
- Frau **Marija Pejčinović Burić**, Generalsekretärin des Europarates

Wahlen

- Wahl eines Richters am EGMR im Namen von Kroatien

Vierte Teilsession 2021

27. bis 30. September 2021

Die vierte Teilsession fand erneut in hybridem Format statt und war um einen Tag verkürzt, jedoch war erstmals wieder eine Mehrheit der Mitglieder physisch im Palais de l'Europe präsent.

Dringlichkeitsdebatte

- [Die Lage in Afghanistan: Konsequenzen für Europa und die Region](#)
- [Erhöhter Migrationsdruck an den Grenzen von Lettland, Litauen und Polen zu Belarus](#)

Aktualitätsdebatte

- Der Westbalkan zwischen demokratischen Herausforderungen und europäischen Ambitionen: Welche Rolle spielt der Europarat?



Berichte zu Wahlbeobachtungen

- [Parlamentswahlen in Armenien](#) vom 20. Juni 2021
- [Parlamentswahlen in Bulgarien](#) vom 11. Juli 2021. Berichtersteller: Nationalrat **Alfred Heer**
- [Parlamentswahlen in Moldova](#) vom 11. Juli 2021

Berichte mit Resolutionen / Empfehlungen an das Ministerkomitee

- Die stärkere [Bekämpfung sogenannter „Ehrenverbrechen“](#)
- [Klima und Migration](#), Berichtersteller: Nationalrat **Pierre-Alain Fridez**
- Die [Bekämpfung von Ungleichheiten im Hinblick auf das Recht auf eine sichere, gesunde und saubere Umwelt](#)
- Mehr [partizipative Demokratie bei der Bekämpfung des Klimawandels](#) und zugehörige [Empfehlung](#)
- [Klimakrise und Rechtsstaatlichkeit](#) und zugehörige [Empfehlung](#)
- [Forschungspolitik und Umweltschutz](#) und zugehörige [Empfehlung](#)
- Die [Behandlung von Fragen der strafrechtlichen und zivilen Haftung im Kontext des Klimawandels](#) und zugehörige [Empfehlung](#)
- [Verankerung des Rechts auf gesunde Umwelt](#): Notwendigkeit verstärkten Handels seitens des Europarates – und zugehörige [Empfehlung](#)
- Die humanitären [Folgen des Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan](#) und zugehörige [Empfehlung](#)
- Leitlinien zum Umfang der [parlamentarischen Immunitäten der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung](#)
- [Sozioökonomische Ungleichheiten in Europa](#): Es ist an der Zeit, das soziale Vertrauen durch die Stärkung der sozialen Rechte wiederherzustellen – und zugehörige [Empfehlung](#)
- [Vertretung der Geschlechter in der Parlamentarischen Versammlung](#)
- Verabschiedung eines [Avis](#) der Versammlung zum Entwurf eines zweiten *Zusatzprotokolls zur Konvention über Cyberkriminalität betreffend die Verstärkung der Zusammenarbeit und die Offenlegung von elektronischen Beweismitteln*

Gastrednerinnen und -redner

- **Stella Kyriakides**, Europäische Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- Professor **Jeffrey Sachs**, Direktor des United Nations Sustainable Development Solutions Network
- **Péter Szijjártó**, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel von Ungarn, Präsident des Ministerkomitees des Europarates



- **Nikola Dimitrov**, stellvertretender Premierminister von Nordmazedonien

Wahlen

- Wahl einer Richterin oder eines Richters am EGMR im Namen von Tschechien, Moldowa und der Russische Föderation

Sitzung der Ständigen Kommission 25./26. November 2021 in Rom

- Die Sitzung wurde eröffnet durch Ansprachen des Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, Roberto Fico, sowie der Präsidentin des Senats, Frau Maria Elisabetta Alberti Casellati.
- Der italienische Aussenminister und aktuelle Präsident des Ministerkomitees des Europarates, Luigi Di Maio, erläuterte anschliessend die Zielsetzungen für den halbjährigen Vorsitz von Italien im Ministerkomitee und stellte sich den Fragen der Mitglieder der Ständigen Kommission.

Aktualitätsdebatte:

Die fünf Fraktionen der Versammlung hatten gemeinsam Antrag gestellt, eine Aktualitätsdebatte zum Thema **«Die Lage der Migranten an der polnisch-weissrussischen Grenze»** zu führen. Dieser Antrag wurde angenommen und Nationalrat **Pierre-Alain Fridez**, Präsident der Kommission für Migration und Flüchtlinge, wurde zum Eröffnungsredner für diese Debatte ernannt. Er berichtete vom Besuch an der polnisch-belarussischen Grenze, den er mit einer kleinen Delegation auf Ersuchen des Präsidenten und des Präsidialkomitees der Versammlung am 19./20. November 2021 unternommen hatte. Im Grenzbereich zwischen Belarus und Polen sass eine grosse Zahl von Flüchtlingen fest, welche Machthaber Lukaschenko im Sinne einer Instrumentalisierung für eigene Zwecke ins Land gelockt und an die Grenze zu Polen gebracht hatte. Die Vertreter der Versammlung fuhren auf polnischer Seite ins Grenzgebiet, konnten einen Grenzkontrollpunkt besuchen, aber leider nicht die Grenze selbst erreichen, um sich mit eigenen Augen von der Situation zu überzeugen. Sie wurden an der Sperrzone aufgehalten. Das Grenzgebiet konnte nicht betreten werden. Es kamen jedoch zahlreiche Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, des Parlaments, der polnischen Kommission für Menschenrechte, des Helsinki-Komitees, von Amnesty International, FRONTEX und mit Verantwortlichen für die zuständigen polnischen Ordnungskräfte zustande. Die Vertreter der Versammlung trafen auch Flüchtlinge, welche den Weg über die Grenze nach Polen gefunden hatten. Pierre-Alain Fridez berichtete auch von bedrückenden Erfahrungen und tragischen Schicksalsschlägen, welche den Flüchtlingen auf ihrem Weg bis nach Polen widerfahren waren. Die Situation der Flüchtlinge im Niemandsland zwischen Belarus und Polen war alarmierend. Sie waren ohne Versorgung und Schutz, und dies bei zunehmend winterlichen Verhältnissen. Er appellierte an die europäischen Länder, in erster Linie an Polen, die humanitären Verpflichtungen zu



respektieren, die existentielle Notlage der Flüchtlinge zu anerkennen und entsprechend zu handeln.

Berichte mit Resolutionen / Empfehlungen an das Ministerkomitee

- [Überarbeitung des Verhaltenskodex für Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung](#)
- [Bekämpfung der Korruption](#) - Allgemeine Grundsätze der politischen Verantwortlichkeit
- 70. Jahrestag der Genfer Konventionen: [Der Beitrag des Europarates zur wachsenden Synergie zwischen dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen](#)
- 70. Jahrestag der Flüchtlingskonvention von 1951: [Der Europarat und der internationale Schutz von Flüchtlingen](#)
- [Freiwillige Umsiedlung von Migranten, die humanitären Schutz benötigen, und freiwillige Neuansiedlung von Flüchtlingen](#)
- [Wohl des Kindes und Massnahmen zur Gewährleistung der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben und zugehörige Empfehlung](#)
- [Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Bildung und Kultur und zugehörige Empfehlung](#)
- [Geschlechterdimension und Auswirkungen von Pornographie auf die Menschenrechte](#)
- [Diskriminierung von Roma und Fahrenden im Bereich des Wohnens](#)

Bericht über Evaluationsmission

- [Evaluationsmission der PVER im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom 19. September 2021 in der Russischen Föderation](#). Berichterstatter:
Nationalrat **Pierre-Alain Fridez**



10 Anhang

Anhang

Zum Bericht 22.012: Europarat. Jahresbericht der Schweizer Parlamentarierdelegation

- I. Mitglieder der Schweizer Delegation bei der PVER
- II. Sitzverteilung der Delegationsmitglieder in Kommissionen und Subkommissionen
- III. Spezielle Mandate der Delegationsmitglieder bei der PVER
- IV. Berichte von Mitgliedern der Schweizer Delegation
- V. Teilnahme an Wahlbeobachtungen des Europarates
- VI. Wortlaut der Redebeiträge der Delegationsmitglieder in der PVER 2021:
<https://www.parlament.ch/de/organe/delegationen/delegationen-internationaler-parlamentarischer-versammlungen/europarat/aktivitaeten>



I. Mitglieder der Schweizer Delegation bei der PVER

<i>Name / Nom</i>	<i>Rat / Conseil³</i>	<i>Fraktion / Groupe⁴</i>	
Fridez Pierre-Alain Président	NR/CN	S	Représentant (R)
Français Olivier Vice-président	SR/CE	RL	R
Arslan Sibel	NR/CN	G	R
Büchel Roland	NR/CN	V	Suppléant (S)
Cottier Damien	NR/CN	RL	S
Germann Hannes	SR/CE	V	S
Grin Jean-Pierre	NR/CN	V	S
Gugger Niklaus-Samuel	NR/CN	M-CEB	S
Heer Alfred	NR/CN	V	R
Levrat Christian⁵	SR/CE	S	S
Carobbio Guscetti Marina⁶	SR/CE	S	S
Maret Marianne	SR/CE	M-CEB	R
Marra Ada	NR/CN	S	R

³ NR = Nationalrat
SR = Ständerat

⁴ V = Fraktion der Schweiz. Volkspartei
S = Sozialdemokratische Fraktion
M-CEB = Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP
RL = FDP-Liberale Fraktion
G = Grüne Fraktion

⁵ SR Christian Levrat war Mitglied der Delegation bis am 16.9.2021

⁶ SR Marina Carobbio Guscetti übernahm den Platz von Christian Levrat ab dem 16.9.2021



II. Sitzverteilung in Kommissionen und Subkommissionen (im Jahr 2021)

Commission	Titulaire	Présidence	Remplaçant
Commission permanente	Fridez Pierre-Alain	P Del P Com	*)
Comité mixte	Fridez Pierre-Alain François Olivier	P Com Vp Del	*)
Bureau	Fridez Pierre-Alain	P Com	*)
Comité présidentiel	--- --- ---	-	*)
Commission des questions politiques et de la démocratie	Heer Alfred Carobbio Guscetti Marina		Maret Marianne Arslan Sibel
1. Sous-commission des relations extérieures	Maret Marianne		Carobbio Guscetti Marina
2. Sous-commission sur le Proche-Orient et le monde arabe	Arslan Sibel		Heer Alfred
Commission des questions juridiques et des droits de l'homme	Germann Hannes Maret Marianne		Cottier Damien Carobbio Guscetti Marina
1. Sous-commission des droits de l'homme	Carobbio Guscetti Marina		Germann Hannes
2. Sous-commission sur l'intelligence artificielle et les droits de l'homme	Cottier Damien	1 ^{er} Vp Com	Maret Marianne
3. Sous-commission sur la mise en œuvre des arrêts de la Cour européenne des droits de l'homme	Germann Hannes		Cottier Damien
Commission des questions sociales, de la santé et du développement durable	Arslan Sibel Grin Jean-Pierre		Fridez Pierre-Alain Marra Ada
1. Sous-commission sur la charte sociale européenne	Grin Jean-Pierre		Fridez Pierre-Alain
2. Sous-commission sur les enfants	Grin Jean-Pierre	Vp Scom	Marra Ada
3. Sous-commission de la santé publique et du développement durable	Arslan Sibel		Marra Ada
4. Sous-commission du Prix de l'Europe	Fridez Pierre-Alain		Arslan Sibel
Commission des migrations, des réfugiés et des personnes déplacées	Fridez Pierre-Alain Cottier Damien	P Com	Gugger Niklaus-S. Heer Alfred
1. Sous-commission sur les diasporas et l'intégration	Fridez Pierre-Alain Heer Alfred Fridez Pierre-Alain ex off.	P Com	Cottier Damien
2. Sous-commission sur les enfants et les jeunes réfugiés et migrants	Cottier Damien Fridez Pierre-Alain ex off.	P Com	Gugger Niklaus-Samuel
3. Sous-commission sur le trafic de migrants et la traite des êtres humains	Fridez Pierre-Alain ex off.	P Com	
Réseau parlementaire sur les politiques des diasporas	Fridez Pierre-Alain Heer Alfred		

*) : Membre ex officio ou nominations présentées par les groupes politiques (sans suppléances)



Commission	Titulaire	Présidence	Remplaçant
Commission de la culture, de la science, de l'éducation et des médias	Büchel Roland Français Olivier		Germann Hannes Marra Ada
<i>1. Sous-commission de la culture, de la diversité et du patrimoine</i>	Français Olivier		Büchel Roland
<i>2. Sous-commission de l'éducation, de la jeunesse et du sport</i>	Büchel Roland		Marra Ada
<i>3. Sous-commission des médias et de la société de l'information</i>	Marra Ada		Germann Hannes
Commission sur l'égalité et la non-discrimination	Gugger Niklaus-Samuel Marra Ada		Büchel Roland Grin Jean-Pierre
<i>1. Sous-commission sur l'égalité de genre</i>	Marra Ada		Grin Jean-Pierre
<i>2. Sous-commission sur les droits des minorités</i>	Grin Jean-Pierre		Gugger Niklaus-Samuel
<i>3. Sous-commission sur le handicap et la discrimination multiple et intersectionnelle</i>	Gugger Niklaus-Samuel		Büchel Roland
Réseau parlementaire pour le droit des femmes de vivre sans violence	Marra Ada		
Alliance parlementaire contre la haine	Cottier Damien Grin Jean-Pierre		
Commission pour le respect des obligations et engagements des États membres du Conseil de l'Europe (Commission de suivi)	Arslan Sibel Cottier Damien Fridez Pierre-Alain Heer Alfred		*)
<i>Sous-commission sur les conflits entre les États membres du Conseil de l'Europe</i>	Fridez Pierre-Alain Heer Alfred		
Commission du règlement, des immunités et des affaires institutionnelles	Cottier Damien		*)
<i>Sous-commission sur la déontologie</i>	---		
Commission sur l'élection des juges à la Cour européenne des droits de l'homme	--- --- ---		*)

*) : Membre ex officio ou nominations présentées par les groupes politiques (sans suppléances)



III. Spezielle Mandate der Delegationsmitglieder bei der PVER

Pierre-Alain FRIDEZ, CN (PS/JU)

- ***Président de la délégation suisse***
- *Trésorier du Groupe des socialistes, démocrates et verts*
- *Président de la commission des migrations, des réfugiés et des personnes déplacées*
- *Rapporteur général de la Campagne parlementaire pour mettre fin à la rétention d'enfants migrants*
- *Membre du Réseau parlementaire sur les politiques des diasporas*
- *Co-rapporteur sur la République de Moldova (Le respect des obligations et engagements de la République de Moldova)*

Olivier FRANÇAIS, CE (PLR/VD)

- ***Vice-président de la délégation suisse***
- *Rapporteur général sur l'évaluation de l'impact de la science et de la technologie*

Sibel ARSLAN, CN (GRÜNE-BASTA/BS)

- *Rapporteur général de l'Assemblée parlementaire sur les pouvoirs locaux et régionaux*

Damien COTTIER, CN (PLR/NE)

- *Co-rapporteur sur le Monténégro (Le dialogue postsuivi avec le Monténégro)*
- *Membre de l'Alliance parlementaire contre la haine*

Jean-Pierre GRIN, CN (UDC/VD)

- *Commissaire aux comptes de l'Alliance des démocrates et des libéraux pour l'Europe (ADLE)*
- *Membre de l'Alliance parlementaire contre la haine*

Alfred HEER, CN (UDC/ZH)

- *Vice-président de l'Alliance des démocrates et des libéraux pour l'Europe (ADLE)*
- *Co-rapporteur sur l'Ukraine (Le respect des obligations et engagements de l'Ukraine)*
- *Membre du Réseau parlementaire sur les politiques des diasporas*

Ada MARRA, CN (PS/VD)

- *Membre du Bureau du Groupe des socialistes, démocrates et verts*
- *Membre du Réseau parlementaire pour le droit des femmes de vivre sans violence*



IV. Berichte von Mitgliedern der Schweizer Delegation

Commission des questions juridiques et des droits de l'homme

- Pass ou certificats covid: protection des droits fondamentaux et implications légales : [Rapport](#) et [RES 2383](#) – **Damien Cottier**

Commission des questions sociales, de la santé et du développement durable

- Éliminer la pauvreté extrême des enfants en Europe : une obligation internationale et un devoir moral – **Pierre-Alain Fridez**
- Prise en charge des enfants migrants non accompagnés ou séparés (pour avis, rapport AS/Mig) – **Sibel Arslan**
- Protection sanitaire et sociale des travailleuses et des travailleurs sans-papiers – **Ada Marra**

Commission des migrations, des réfugiés et des personnes déplacées

- Climat et migrations : [Rapport](#) et [RES 2401](#) – **Pierre-Alain Fridez**
- Renvois en mer et sur terre : mesures illégales de gestion des migrations – **Pierre-Alain Fridez**

Commission de suivi

- Le respect des obligations et engagements de l'Ukraine – **Alfred Heer** (co-rapporteur)
- Le dialogue postsuivi avec le Monténégro – **Damien Cottier** (co-rapporteur)
- Le respect des obligations et engagements de la République de Moldova – **Pierre-Alain Fridez** (co-rapporteur)

V. Teilnahme an Wahlbeobachtungen des Europarates

- Mission préélectorale d'observation des élections législatives en Bulgarie (10 – 13 mars 2021) – **Alfred Heer (présidence)**
- Mission d'observation des élections législatives en Bulgarie (1 – 5 avril 2021) – **Alfred Heer (présidence), Pierre-Alain Fridez, Damien Cottier**
- Mission d'observation des élections législatives en Albanie (21 – 26 avril 2021) – **Sibel Arslan, Jean-Pierre Grin**
- Mission préélectorale d'observation des élections législatives anticipées en République de Moldova (9 – 12 juin 2021) – **Pierre-Alain Fridez**
- Mission d'observation des élections législatives anticipées en Arménie (18– 21 juin 2021) – **Sibel Arslan, Olivier Français**
- Mission d'observation des élections législatives anticipées en Bulgarie (9 – 12 juillet 2021) – **Alfred Heer (présidence), Damien Cottier, Jean-Pierre Grin**
- Mission d'observation des élections législatives anticipées en République de Moldova (9 – 12 juillet 2021) – **Pierre-Alain Fridez**
- Évaluation préélectorale, en ligne : élections législatives en Fédération de Russie (1 – 4 septembre 2021) – **Pierre-Alain Fridez (présidence)**



- Mission d'observation des élections législatives au Maroc (5 – 9 septembre 2021) – **Damien Cottier**
- Mission d'évaluation des élections législatives en Fédération de Russie (16 – 20 septembre 2021) – **Pierre-Alain Fridez (présidence)**
- Mission d'observation des élections législatives anticipées et présidentielles en Bulgarie (11 – 16 novembre 2021) – **Alfred Heer (présidence), Damien Cottier, Pierre-Alain Fridez, Jean-Pierre Grin**

VI. Wortlaut der Redebeiträge der Delegationsmitglieder in der PVER 2021:

<https://www.parlament.ch/de/organe/delegationen/delegationen-internationaler-parlamentarischer-versammlungen/euoparat/aktivitaeten>